

## Lieber Leserin, lieber Leser,

so anstrengend der November war und der Dezember werden wird, desto mehr freue ich mich auf Weihnachten im Kreise der Familie, auf ein paar Tage Ruhe rund um den Christbaum.

Berlin stand die letzten Tage und Wochen ganz im Zeichen der Regierungsbilanz und der Haushaltsberatungen für 2020. Dass es da bis spät in der Nacht heiß her ging, konnte man in den Medien verfolgen. Aber auch im Wahlkreis und in den Betreuungswahlkreisen standen viele wichtige Termine an, von denen ich einige hier dokumentieren möchte.

Allen SPD-Mitgliedern rufe ich zu: Schon gewählt?! Die Stichwahl um den Parteivorsitz endet Ende November, noch könnt Ihr abstimmen und die Zukunft unserer Partei mitgestalten. Wer auch immer das Rennen macht: Meine Unterstützung haben sie zu 100% und ich hoffe und erwarte auch von allen anderen Mitgliedern, dass sie das Ergebnis dieses urdemokratischen Verfahrens akzeptieren und sich dann gemeinsam und geschlossen an die Arbeit machen, unsere Partei aus dem Tief zu holen. Denn Deutschland braucht uns. Das ist keine Durchhalte-Floskel, das ist mein tägliches Erleben hier in Berlin und vor Ort. Wenn die Neo-

liberalen in der Union wieder die Oberhand gewinnen und wir als soziale Kraft nichts entgegensetzen können, dann wird es kälter in diesem Land. Und das wollen wir nicht. Weder im Advent noch sonstwann.

Viel Spaß beim Lesen

ıh

Bernd Partael

Allen Leserinnen & Lesern ein frohes Fest und einen guten Beschluss!

#### AUS DEM INHALT



**S. 2: Klartext**Kindergrundsicherung jetzt!



S. 7: Berlin

Meine Rede: Arbeitslosenversicherung stärken!





## KLARTEXT

#### Kindergrundsicherung: Jetzt!

Die SPD arbeitet weiter an ihrem sozialen Profil. Das ist gut und richtig. Und dass wir die Kinder in den Mittelpunkt unserer Arbeit stellen, ist absolut notwendig: Unser Konzept sieht eine Grundsicherung für Kinder vor und fasst alle bisherigen Leistungen in einer Leistung zusammen. Und je weniger die Eltern verdienen, desto mehr bekommen die Kinder vom Staat.

Denn: Jedes Kind in Deutschland soll möglichst unbeschwert aufwachsen können. Mit dem Starke-Familien-Gesetz und dem Gute-Kita-Gesetz haben wir erste wichtige Schritte unternommen. Mit dem Konzept der sozialdemokratischen Kindergrundsicherung gehen wir diesen Weg konsequent weiter.

Sie orientiert sich nicht nur am finanziellen Bedarf eines Kindes, sondern berücksichtigt auch wichtige Infrastrukturleistungen wie Kita, Ganztagsbetreuung, Mobilität und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben mit einem monatlichen Betrag, mit dem man Vereinsbeiträge und Kulturveranstaltungen finanzieren kann.

Wir bekämpfen damit Kinderarmut konsequent und stärken auch die Mitte der Gesellschaft: Damit jedes Kind es packt. Das Konzept für eine längst überfällige Kindergrundsicherung ist ein wesentlicher Baustein des neuen Sozialstaatskonzeptes der SPD. Es knüpft an den Beschluss der SPD-Bundestagsfraktion vom Januar diesen Jahres an, mit dem wir viele Maßnahmen skizziert haben, mit denen wir in diesem Jahr die Chancen für Kinder und Familien konkret verbessert haben und uns das langfristige Ziel gesetzt haben, das kinderfreundlichste Land in Europa zu werden. Jetzt liegt erstmals ein konkreter Vorschlag zur Kindergrundsicherung vor. Wir bleiben dran. Versprochen.

#### **HALBZEITBILANZ**

Dass die vergangenen zwei Jahre Regierungsbeteiligung Licht- und Schattenseiten haben, ist wohl jedem klar. Kritik ist wichtig und notwendig für Veränderungen. In der SPD tendieren wir aber gelegentlich dazu, uns zu häufig selbst zu kritisieren. Erfolge werden kleingeredet oder ignoriert. Dabei hat die SPD auch in den vergangenen zwei Jahren auf Bundesebene wieder viel erreichen können. Ein paar Beispiele:

Ab 2021 kommt die Grundrente - ohne Bedürftigkeitsbzw. Vermögensprüfung auf Grundlage der bei den Finanzämtern hinterlegten Daten (Seite 4). Bei der Betriebsrente gibt es mit der Ergänzung des bisherigen Freibetrags für Krankenkassenbeiträge durch eine Freigrenze Verbesserungen. Wir haben die Mütterrente ausgeweitet und stabilisieren die gesetzliche Rente mit einer doppelten Haltelinie bei den Beiträgen und beim Rentenniveau. Die ErwerbsminderungsrentnerInnen werden so gestellt, als hätten sie bis zur Regelaltersgrenze gearbeitet.



#### Was die SPD in der Regierung geschafft hat

#### Bestandsaufnahme zur Halbzeit der Wahlperiode

Zwei Drittel der SPD-Mitglieder haben vor zwei Jahren entschieden, dass wir in der Regierung wichtige sozialdemokratische Ziele umsetzen sollen. Und sie haben uns beauftragt, in der Mitte der Wahlperiode die Leistung der Koalition zu überprüfen. Grundlage dafür ist die Bestandsaufnahme der Bundesregierung. Eine Bewertung nimmt dann der Parteitag im Dezember vor.

Die SPD-Bilanz der Regierungsarbeit und ein Link zur offiziellen "Bestandsaufnahme über die Umsetzung des Koalitionsvertrages durch die Bundesregierung" gibt es mit einem Klick auf das Foto!



Mit dem **Qualifizierungschancengesetz** sorgen wir dafür, dass die Beschäftigten von heute fit für die Arbeit von morgen sind. **PaketbotInnen** erhalten mehr Schutz. Wir haben ein Maßnahmenpaket gegen illegale Beschäftigung, **Schwarzarbeit** und **Sozialleistungsbetrug** verabschiedet.

Der Solidaritätsbeitrag für mehr als 90 % aller Bundesbürgerinnen und -bürger wird abgeschafft, die Grundfreibeträge für alle SteuerzahlerInnnen erhöht. Familien profitieren von der Erhöhung des Kindergeldes. Zur Bekämpfung von Kinderarmut hat der Deutsche Bundestag das Starke-Familien-Gesetz mit einem Anfangsbudget von 1,5 Mrd. Euro verabschiedet. Bei den Krankenkassenbeiträgen haben wir die Parität wieder hergestellt. Ein Gesetz, um gesetzlich Versicherten den Zugang zu ärztlicher Versorgung zu erleichtern, wurde verabschiedet. Mit dem Angehörigenentlastungsgesetz sorgen wir dafür, dass Eltern oder Kinder erst ab einem Jahresverdienst von 100.000 Euro für die Pflegekosten ihrer Angehörigen aufkommen müssen.

Die Investitionen des Bundes liegen auf Rekordniveau. Sie kommen dank Grundgesetzänderungen auch dort an, wo sie hinmüssen: bei den Ländern und in den Kommunen. Das gilt z.B. für die Bildung (5 Mrd. Euro Digitalpaket). Krankenhäuser, Pflegeheime und PflegerInnen erhalten mehr Geld. Das BAföG steigt. Mehr als 10 Milli-

arden Euro werden in die Förderung des **Breitbandausbaus** und des **Digitalfunks** investiert.

Wir haben ein **Klimapaket** verabschiedet, bei dem die SPD sich besonders für soziale Ausgewogenheit eingesetzt hat. Bis 2030 hat das Paket ein Volumen von 54 Mrd. Euro. Ein Schwerpunkt liegt im Bereich Verkehr.

Die Städtebauförderung liegt mit rund 1 Milliarde Euro auf Rekordniveau. Das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) wird auf 1 Mrd. Euro pro Jahr anwachsen. Die Grundsteuer mit einem Volumen von rund 15 Milliarden Euro jährlich bleibt für die Kommunen erhalten, eine neue Grundsteuer C stärkt die Kommunen. Wir unterstützen Familien mit dem Baukindergeld. Die Förderung des sozialen Wohnungsbaus konnte erneut deutlich gesteigert werden, sie liegt in dieser Legislaturperiode bei 5 Mrd. Euro. Mit der Verschärfung der Mietpreisbremse, der Begrenzung der Modernisierungsumlage, der Verlängerung des Betrachtungszeitraumes und der Erhöhung und Dynamisierung des Wohngelds nehmen wir Druck von den MieterInnen.

Wie in einer Demokratie üblich, waren Kompromisse notwendig und wir haben manche Kröte schlucken müssen. Aber lasst uns doch auch Mal aufrecht gehen und selbstbewusst auf unsere Arbeit blicken. Gründe dafür gibt es genug. Klar ist aber auch: Es bleibt noch viel zu tun.







Wir schaffen den Soli ab - außer für Spitzenverdiener. Wer davon profitiert? Hier nur zwei Beispiele. | Die Grundrente kommt. Ein großer Erfolg für die SPD und eine notwendige Hilfe für 1,5 Millionen Menschen. Mehr Infos zu den Themen mit einem Klick auf das jeweilige Bild!





#### WISSEN FÜR DIE WESTENTASCHE

Kurz und bündig - damit Ihr möglichst schnell informiert seid und am Stammtisch, am Gartenzaun oder beim Sonntagsbraten gerüstet seid für die politische Diskussion, die allzu oft mit Halbwissen geführt wird.

#### **Die Grundrente**

- Für alle, die 35 Jahre oder mehr gearbeitet und in die Rentenkasse eingezahlt haben. Auch Teilzeitarbeit, Kindererziehung und Pflege zählen mit.
- Für den Anspruch auf Grundrente soll künftig lediglich das Einkommen geprüft werden wie auch bisher.
- Geprüft wird das von der Rentenversicherung (wie bisher schon z.B. bei der Hinterbliebenenrente), nicht vom Sozialamt, wie das die Union wollte.
- Die Einkommensprüfung geht ganz automatisch, ohne Anträge, Formulare, kein Gang zum Sozialamt!
- Keine Prüfung des Vermögens (Wohnung/Haus, Auto, Schmuck, Lebensversicherungen)
- Nur zusätzliche Einkommen über einem Freibetrag von 1250 Euro für Alleinstehende und 1950 Euro für Paare werden angerechnet.
- Vom Konzept der Union hätten 150.000 Menschen profitiert, von unserem, jetzt durchgesetzten Konzept, 1,5 Millionen!

## Die Grundrente kommt!

- Jetzt beginnt das parlamentarische Verfahren, damit die Grundrente zum 01.01.2021 in Kraft treten kann.

gibt es
auf die

Noch mehr zum Thema gibt es mit einem Klick auf die Grafik!



#### **DER MINDESTLOHN FÜR AZUBIS KOMMT**

... und das schon zum 1. Januar 2020, wenn das Gesetz zur Modernisierung und Stärkung der beruflichen Bildung "Berufsbildungsmodernisierungsgesetz (BBiMoG)" in Kraft tritt.

Die Auszubildenden tragen durch ihre Arbeit zur betrieblichen Wertschöpfung bei und damit zum wirtschaftlichen und sozialen Erfolg Deutschlands. Das muss auch ihre Ausbildungsvergütung widerspiegeln.

In Branchen mit Flächentarifverträgen darf die Ausbildungsvergütung den geltenden Tarifvertrag künftig nicht um mehr als maximal 20 Prozent unterschreiten, auch wenn der betroffene Betrieb selbst nicht tarifgebunden ist. Der Betrieb darf nicht auf die Mindestausbildungsvergütung (kurz: MAV) absenken.

Die **Mindestausbildungsvergütung** ist somit eine wichtige untere Haltelinie für Branchen ohne gültigen Tarifvertrag. Mehr Infos hierzu auf meiner Homepage!

### "LAND. SCHAFFT. VERBINDUNG."-DEMO

Bei der großen Kundgebung der Bauern Ende November am Brandenburger Tor habe ich Daniel Kosian aus dem Landkreis Miltenberg getroffen. Ich sage: Wir brauchen umweltschonendes und tierwohlgerechtes Wirtschaften. Aber es muss auch fair bezahlt werden!





# WENIGER BAHNÜBERGÄNGE = SCHNELLERE UND SICHERERE BAHN

Die Stärkung der Schiene ist ein zentraler Punkt im Klimaschutzprogramm der Bundesregierung. Damit mehr Menschen die umweltfreundliche Bahn nutzen, muss sie schneller, pünktlicher und öfter fahren. Milliardenschwere Investitionen werden in den nächsten Jahren mehr Pünktlichkeit und mehr Kapazität bringen.

Ein Punkt, der gerade bei uns in Unterfranken immer wieder ein Thema ist: Es sollen möglichst viele Bahnübergänge abgeschafft werden. Ziel ist es, dass Züge schneller, pünktlicher und sicherer werden.

## Wir sitzen alle im selben Zug. Deshalb erhöhen wir die Mittel für Nahverkehr.

## Zusammenhaushalt

Bahnfahren muss attraktiver werden, damit mehr Menschen klimafreundlich reisen. Darum sorgen wir mit unserem **#Zusammenhaushalt** für günstigere Zugtickets, investieren Milliarden in die Bahn und in die Förderung des Nahverkehrs. Denn beim **#Klimaschutz** sitzen wir alle im selben Zug.

Dazu ist geplant, Kommunen bei der Finanzierung von Brücken und Unterführungen zu entlasten. Bisher tragen Bund, Bahn und Kommunen jeweils ein Drittel der Kosten. Viele Kommunen können diesen Anteil aber nicht aufbringen. Künftig will der Bund die Hälfte, die Bahn ein Drittel und das Land ein Sechstel der Kosten tragen.

# BUNDESHAUSHALT 2020: DEUTLICHE SPD-HANDSCHRIFT

Mit dem Bundeshaushalt 2020 stärken wir das Wachstum mit Investitionen auf Rekordniveau – auch weiterhin ohne neue Schulden. Wir treiben den Klimaschutz mit Förderprogrammen in Milliardenhöhe voran. Wir bringen die Ausgaben für Bildung und Forschung auf einen Höchststand. Wir bekämpfen die Gefahren des Rechtsterrorismus. Und wir verwenden mehr als die Hälfte des Bundeshaushalts für die soziale Sicherung. Einzelne Punkte im Überblick:

- Die **Umsatzsteuer für Bahnfernreisen** wird von 19 auf 7% verringert, dafür die Luftverkehrsteuer erhöht.
- 7 Milliarden Euro für **Förderprogramme zur CO2- Minderung** (Gebäudesanierung, Heizungstauschprämien, Ladesäulen, Elektroauto-Prämie, Forschung)
- 600 Millionen Euro zusätzlich für den internationalen **Klimaschutz**
- 300 neue Stellen für das **BKA**, um Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus wirksamer zu bekämpfen
- Die **Zollverwaltung** wird 2020 mit rund 650 zusätzlichen Stellen gestärkt (Mindestlohn-Kontrolle!).
- Weitere 222 Millionen für den Digitalpakt Schule
- Die **Mehrgenerationenhäuser** werden mit zusätzlich rund 5,5 Millionen Euro gefördert.
- Das **Bauprogramm** "Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur" wird um 200 Millionen Euro aufgestockt.
- Für die Verbesserung der Attraktivität von Bahnhöfen und die **Barrierefreiheit von Haltestationen** zusätzlich rund 327 Millionen Euro in den nächsten Jahren
- Gut 200 Millionen Euro zusätzlich für den Kulturbereich

Mehr Infos, mehr Zahlen, mehr Fakten: www.bundeshaushalt.de



#### ENTLASTUNG BEI BETRIEBSRENTEN

BetriebsrentnerInnen werden künftig entlastet. Mit der Entscheidung über die Einführung einer Grundrente wurde auch eine Regelung für die hohen Krankenkassenbeiträge auf Betriebsrenten beschlossen:

Aktuell gilt ab einer Freigrenze in Höhe von 155,75 Euro der volle Krankenkassenbeitrag. Das schmälert die Betriebsrenten enorm und verringert deren Attraktivität. Daher wird die geltende Freigrenze für Betriebsrenten in Höhe von 155,75 Euro monatlich in einen dynamisierten Freibetrag umgewandelt. Dieser Freibetrag schafft für alle pflichtversicherten Betriebsrentenempfänger Entlastung. Mindestens 60 Prozent der Betriebsrentner zahlen damit maximal den halben Beitragssatz, die weiteren 40 Prozent werden spürbar entlastet. Die Mindereinnahmen in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) werden vollständig aus Mitteln der GKV finanziert. Damit haben wir uns auch bei der Finanzierung durchgesetzt.

Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich für eine Stärkung der betrieblichen Altersversorgung ein. Deshalb heben wir auch den Förderbetrag zur betrieblichen Altersversorgung für eine arbeitgeberfinanzierte betriebliche Altersversorgung bei Geringverdiener (2.200 brutto/ Monat) von maximal 144 Euro auf 288 Euro an. Gibt der Arbeitgeber etwas zur Betriebsrente dazu, so bekommt er zukünftig mehr erstattet als bisher. Betriebliche Altersversorgung lohnt sich nämlich vor allem dann, wenn sich die Arbeitgeber beteiligen.



Die Beiträge zur Krankenversicherung sinken.

#### **ANGEHÖRIGENENTLASTUNGSGESETZ**



Durch das neu beschlossene Angehörigenentlastungsgesetz wird künftig der Kostenanteil für Eltern von über 18-jährigen pflegebedürftigen Kindern genauso eingeschränkt wie für Kinder, deren Eltern in eine Pflegeeinrichtung müssen. Künftig müssen nur noch die Eltern bzw. Kinder zahlen, die ein Bruttojahreseinkommen von mindestens 100.000 Euro haben. Alle, die weniger verdienen, müssen künftig nicht mehr für die Unterbringung und Pflege ihrer Angehörigen zahlen.

Damit geben wir Familien in schwierigen Situationen immerhin finanzielle Stabilität. Bisher war es so, dass Teile der Unterbringung von der Familie bezahlt werden mussten. Das ist eine Situation, die vor allem Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen massiv belastet hat. Mit dieser Regelung haben wir einen riesigen Schritt gemacht, um das Land ein Stück sozialer, gerechter und solidarischer zu gestalten. Und ein Wahlversprechen eingelöst!



#### WIR BRAUCHEN EIN LIEFERKETTENGESETZ

Die SPD will Unternehmen zur Kontrolle ihrer Lieferketten verpflichten. Elementare Arbeitsschutzbestimmungen müssen weltweit gelten. Kümmern sich Unternehmen nicht um globale Menschenrechtsverletzungen oder Umweltzerstörungen, müssen sie haftbar gemacht werden! #globalsozial

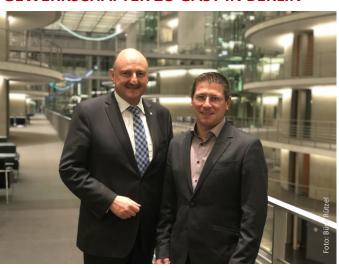


#### ARBEITSLOSENVERSICHERUNG STÄRKEN



Arbeitslosigkeit trifft ins Mark und trifft die allermeisten ArbeitnehmerInnen unverschuldet. Deshalb müssen wir die Arbeitslosenversicherung stärken. Wer meine Rede vom 15.11. sehen möchte, klickt einfach auf das Bild.

#### **GEWERKSCHAFTER ZU GAST IN BERLIN**



Eine Sitzungswoche lang wurde ich von René Wohlfart aus Kürnach begleitet. Der Gemeinderat und Bürgermeisterkandidat für Kürnach erlebte meinen politischen Alltag hautnah mit. Wohlfart wurde im Rahmen seiner Ausbildung zum Gewerkschaftssekretär bei der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) von der SPD-Bundestagsfraktion eingeladen, die Woche in Berlin zu verbringen. Neben einem Besuch der Betriebs- und Personalrätekonferenz der SPD-Fraktion, einer Sitzung der bayerischen Landesgruppe der SPD-Fraktion und Gesprächen mit Bundesminister Hubertus Heil und Bundesministerin Svenja Schulze, nahm er auch an der SPD-Arbeitsgruppensitzung und an der Sitzung "meines" Ausschusses für Arbeit und Soziales teil. Außerdem besuchte er die bayerische Landesvertretung in Berlin und war Studiogast bei "Maybrit Illner" im ZDF.

"Es war ein tolle und eindrucksvolle Woche", so René Wohlfart nach seiner Rückkehr. Mir ist die enge und traditionsreiche Partnerschaft zwischen SPD und Gewerkschaften wichtig. Diese wollen wir zum Wohl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer fortsetzen. Die enge Vernetzung mit Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern hilft dabei, diesen Weg auch in Zukunft gemeinsam zu beschreiten.



#### BETRIEBSRÄTEKONFERENZ IN BERLIN



300 Betriebsrätinnen und Betriebsräte waren Anfang November zu Gast bei der Betriebs- und Personalräte-konferenz der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin: Wir kämpfen gemeinsam für gute Arbeit und ordentliche Mitbestimmung. (v.l.) Alexander Thauer (Betriebsratsvorsitzender bei WAREMA in Marktheidenfeld), Ronja Endres (Vorsitzende der AfA Bayern), Josef Duchnik (Gesamtbetriebsratsvorsitzender Schwenk Zement in Karlstadt), Clemens Fries (Gesamtbetriebsratsvorsitzender bei der Delonghi-Braun-Gesellschaft in Marktheidenfeld) und René Wohlfart (Eisenbahnergewerkschaft EVG in Würzburg). Schön, dass ihr da wart!

#### **EVG-GEWERKSCHAFTSTAG**



Natürlich war ich auch in diesem Jahr auf dem Gewerkschaftstag der Eisenbahner Verkehrs Gewerkschaft EVG in Fulda. Mitten unter EisenbahnerInnen aus der Heimat fühle ich mich einfach wohl. Herzlichen Glückwunsch, lieber Martin Burkert (2.v.r.), zur Wahl zum stellvertretenden Vorsitzenden.

#### **NACHTSITZUNGEN IM BUNDESTAG**



Nachtsitzungen im Deutschen Bundestag nehmen zu. Nachdem an einem Tag zwei KollegInnen im Plenum zusammengebrochen sind, wird das Thema Arbeitsbelastung in der Presse diskutiert. Das Main-Echo hat mich hierzu interviewt und gefragt: Wie schaffen es die PolitikerInnen, nach stundenlanger Debatte den RednerInnen noch zu folgen? Macht ihnen die Müdigkeit zu schaffen oder hört sich das Arbeitspensum einer/eines Abgeordneten anstrengender an, als es eigentlich ist? Müssen auch die MitarbeiterInnen der Abgeordneten bis in die frühen Morgenstunden mit den Chefinnen und Chefs in ihren Büros verharren? Mit einem Klick auf das Foto geht's zum Artikel (Bezahlschranke!) mit der Überschrift "Ich werde nicht müde, da ich für diese Themen brenne". Aufgenommen wurde das Foto übrigens nach 2 Uhr nachts und man sieht: Auch Nachtarbeit kann Spaß machen.



#### **GEDENKEN AN OPFER DES NS-REGIMES**



Die SPD-Stadtratsfraktion Gemünden gedachte am 9. November der Opfer der Reichspogromnacht. Hier stand die Synagoge und wurde am 9.11.1938 angezündet und schwer geschändet. Die Blumen auf dem Koffer und dem Rucksack lagen schon. SchülerInnen des Friedrich List-Gymnasiums waren schon vor uns da.

#### **VOLKSTRAUERTAG**



... auf dem Ehrenfriedhof Gemünden ist für mich ein fester Termin in meinem Kalender! 1193 Tote sind auf dieser Kriegsgräberstätte beigesetzt: Soldaten und Zivillisten jeden Alters, zehn verschiedene Nationalitäten. Seit 74 Jahren dürfen wir hier in Frieden leben. Ob wir alle wissen, dass dies nicht selbstverständlich ist?

#### KREISTAGSWAHLKAMPF GESTARTET



Anfang November trafen sich viele der KreistagskandidatInnen der SPD in Karlstadt zum zünftigen Arbeits-Weißwurstfrühstück: Positive Stimmung, gute Ideen für unser Wahlprogramm und engagierte Diskussion der TeilnehmerInnen um unsere Landratskandidatin Pamela Nembach. So kann es weiter gehen.

#### **SCHLACHTTELLER & POLITIK**



Die SPD Sinngrund hat einmal mehr gezeigt, dass gutes Essen und gute Politik prima zusammen passen: volles Haus, gute Gespräche und leckeres Schlachtschüsselessen im Gasthaus Zur Post in Mittelsinn. Und mittendrin unsere Landratskandidatin Pamela Nembach, die Vorsitzende der SPD Gemünden, Monika Poracky, Frammersbachs Bürgermeister Christian Holzemer und viele weitere GenossInnen.



#### **FOTOAUSSTELLUNG ON TOUR**



Die Fotoausstellung "Von der friedlichen Revolution zur deutschen Einheit" ist jetzt auch an der Gemündener Realschule zu sehen. Mir ist es wichtig, die Erinnerung an solche speziellen Ereignisse aufrecht zu halten. Viele junge Leute wissen gar nicht mehr, dass die Bundeshauptstadt einmal Bonn war und auch die Ostpolitik Willy Brandts in den 1970er Jahren mithalf, den Eisernen Vorhang zu zerreißen. Dies nicht zu vergessen, ist unser aller Aufgabe. Daher schicke ich diese Ausstellung gerne quer durch Unterfranken und freue mich über jeden Termin - besonders in Schulen.

#### BERATUNGSSTELLE VOLLER ERFOLG



Nach acht Monaten schon eine Erfolgsgeschichte: Das EUTB-Stützpunktbüro für Menschen mit Behinderung und deren Angehörige in Main-Spessart. In der unabhängigen Beratungsstelle in Gemünden wurden alleine in den ersten acht Monaten gut 250 Beratungen geleistet. Umso wichtiger also, dass der Bund EUTB dauerhaft finanziert und finanziell aufstockt, so wie wir es im Deutschen Bundestag erst vor kurzem mit dem Angehörigenentlastungsgesetz beschlossen haben. Wie wichtig diese Anlaufstelle (die es auch in Miltenberg gibt) ist, erfahre ich immer wieder in Gesprächen mit Betroffenen und Angehörigen: Viele wissen nicht, an wen sie sich wenden sollen, um Unterstützung zu erhalten. Da kann es um vermeintlich einfache Sachen, wie die Beantragung eines Schwerbehindertenausweises, gehen oder um komplexere Fragen, wie die Integration in Ausbildung oder Arbeit. Bei der EUTB bekommt man die entsprechende Hilfe. Mehr Infos: Klick aufs Bild!

#### BARRIEREFREIE BAHNHÖFE

Die barrierefreie Sanierung unserer Bahnhöfe ist mir ein großes Anliegen. Mitunter gilt es dicke Bretter zu bohren, wie im Fall der Sinngrund-Bahnhöfe: Bereits 2017 machte ich darauf aufmerksam, die einjährige Sperrung der Bahnstrecke Gemünden-Flieden 2024 dafür zu nutzen. Kürzlich trafen sich auf meine Initiative hin erstmals die Sinngrundbürgermeister, der Landrat und weitere Verantwortliche aus Bund, Land, Kommunen und der Deutschen Bahn zu einem Runden Tisch. Gemeinsam können wir die Sache sicher besser voranbringen. Mit dem Klick aufs Bild geht's zum Mainpost-Artikel.





### ERSTE STATION DER HELMUT SCHMIDT-AUSSTELLUNG WAR GEMÜNDEN



Helmut Schmidt wäre in diesem Jahr 101 Jahre alt geworden. Nicht zuletzt durch seine Zeit als Bundeskanzler hat er die Geschichte Deutschlands nachhaltig geprägt. Bis heute genießt er weltweit hohes Ansehen. In Erinnerung an den fünften Bundeskanzler präsentierte ich im Kulturhaus Gemünden eine Fotodokumentation mit dem Titel: "Helmut Schmidt – Hanseat, Staatsmann, Weltbürger". Sie ist später in ganz Unterfranken unterwegs, worauf ich mich schon jetzt sehr freue, da ich selbst ein großer Fan von Helmut Schmidt bin. Als Hamburger Senator, Bundesminister, Bundeskanzler, Publizist und Elder Statesman hat er die Politik tiefgreifend geprägt und gilt vielen Deutschen zu Recht als beliebtester Politiker der jüngeren Geschichte. Deshalb ist es mir ein großes Anliegen gewesen, die Ausstellung in meinen Wahlkreis zu holen und das Lebenswerk eines der größten Politiker Deutschlands zu würdigen.

#### DOUDRÜ G'HÖRT GEREDT

Wie werden wir alle in 10 oder 20 Jahren zahlen? Gibt es dann noch Banken wie heute, die für uns die finanziellen Transaktionen erledigen? Was ist das eigentlich, diese Kryptowährung? Und wem nutzt sie? Oder schadet sie uns? Fragen über Fragen, die ich mit Fachleuten

aus der Region und Gästen in meinem Bürgerbüro besprochen habe. Ich hatte hierzu Daniel Niemczyk, Tobias Fertig und Andreas Schütz von der FH Würzburg und Niclas Geißler von der Sparkasse Mainfranken zu Gast. Es wurde erst sachlich informiert, dann heftig diskutiert. Mit dem Klick auf das Foto geht's zum Mainpost-Artikel.



#### **VORLESETAG IN GÖSSENHEIM**

Lieb gewordene Tradition für mich, hoffentlich auch für die Kinder eine besondere Veranstaltung: Der internationale Vorlesetag führte mich in diesem Jahr in die Grundschule Gössenheim, wo ich aus einem Märchen buch vorlesen durfte. Schön war's.







**Martina Fehlner** 

Abgeordnete für Aschaffenburg-West Betreuungsabgeordnete für AB-Ost, Main-Spessart und Miltenberg

Einsatz für die Belange der Menschen aus der Region

Liebe Leserinnen und Leser,

als Landtagsabgeordnete mache ich im Maximilianeum nicht nur soziale Politik für Bayern, sondern ich vertrete auch ganz speziell die Belange der Menschen hier aus unserer Region. So kommen häufig BürgerInnen mit ihren Anliegen in mein Büro oder sprechen mich unterwegs an. Für dieses Vertrauen bin ich sehr dankbar und ich versuche stets zu helfen, wo es mir möglich ist. Gerne gebe ich Ihnen einen kleinen Einblick in einige der Anfragen, die mich zuletzt beschäftigt haben:

Jedes Jahr wenden sich verzweifelte LehrerInnen an mich, die kurzfristig an eine andere Schule, oft hunderte Kilometer entfernt vom Wohnort, versetzt werden sollen. Lebensplanung? Fehlanzeige. Besonders erschüttert hat mich der Fall einer jungen Pädagogin aus Karlstadt. Sie hat eine Woche vor den Sommerferien einen Versetzungsbescheid nach Oberbayern erhalten. Für mich ist diese Entscheidung völlig unverständlich und nicht akzeptabel. Nicht nur wegen des Lehrermangels, der bei uns herrscht. Nicht nur, weil die junge Lehrerin gerne an ihrer Schule geblieben wäre. Sondern auch, weil sie vor Ort ihre schwerstbehinderte Mutter hat, die sie pflegt. In einem Schreiben appellierte ich ans Kultusministerium, von einer Versetzung abzusehen. Ein Appell, dem nicht entsprochen wurde – ich finde, das zeigt eine respektlose Haltung gegenüber unseren Lehrkräften.

Ein anderer Fall: Eine junge Asylbewerberin aus Äthiopien hat in einem Pflegeheim in Aschaffenburg ihre Aus-

bildung zur examinierten Altenpflege-Fachkraft abgeschlossen. Das Pflegeheim wollte sie weiterbeschäftigen, allerdings erlosch die Arbeitserlaubnis der jungen Frau mit dem Abschluss der Ausbildung. Beim Innenministerium setzte ich mich für ihre Weiterbeschäftigung ein und hatte damit erfreulicherweise Erfolg.



Es freut mich, dass die Mieter eines Wohngebäudes in Erlenbach/Main nun wieder schimmelfrei wohnen. Immer wieder sind MieterInnen ehemaliger GBW-Wohnun-gen mit ihren Beschwerden zu mir gekommen. Seit die staatliche Wohnungsbaugesellschaft an ein privates Konsortium verkauft wurde, werde an den Häusern zu wenig getan: zu hohe Mieten, schlechte Wohnstandards, unverhältnismäßig hohe Heizkosten aufgrund fehlender energetischer Sanierung. Im Fall der akut von Schimmel befallenen Wohnungen wandte ich mich an die Geschäftsleitung des Unternehmens. Die Mängel wurden umgehend behoben.

Ich setze mich dafür ein, dass unser Land menschlich bleibt. Dass bürokratische Entscheidungen immer auch das Schicksal des Einzelnen im Blick haben müssen. Und dass jene, die sich ehrlich bemühen, in unserem Land eine faire Chance bekommen

Ihre Martina Fehlner

Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdL Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604 buergerbuero@martina-fehlner.de





**Volkmar Halbleib** 

Abgeordneter für WÜ-Land

Betreuungsabgeordneter für WÜ-Stadt, Stadt und Landkreis Schweinfurt sowie die Landkreise Bad Kissingen, Haßberge, Kitzingen und Rhön-Grabfeld

## Starkes Land, starke Städte - SPD will Innovationsturbo für den ländlichen Raum

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Der ländliche Raum ist das Rückgrat des Freistaates. Während unsere Städte mit explodierenden Mietpreisen und einem drohenden Verkehrsinfarkt kämpfen, bricht im ländlichen Raum die Daseinsvorsorge weg. Damit wird deutlich: Nur durch eine Stärkung des ländlichen Raums können wir die Probleme in den Ballungsräumen in den Griff bekommen. Deshalb haben wir als SPD-Landtagsfraktion ein umfassendes Antragspaket vorgelegt, mit dem wir genau das tun wollen.

Unser Ziel ist, endlich gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land herzustellen, so wie es die Bayerische Verfassung fordert. Doch trotz unzähliger Förderprogramme ist bis heute eine Trendwende hin zu diesem Ziel nicht in Sicht. Der Abschlussbericht der Enquete-Kommission "gleichwertige Lebensverhältnisse" bleibt auch fast zwei Jahre nach seiner Veröffentlichung in der politischen Praxis weitgehend unberücksichtigt. Im Gegenteil: Unter der CSU-Regierung ging die Schere zwischen Stadt und Land immer weiter auseinander. Dieser Trend ist trotz vollmundiger Versprechungen der Freien Wähler unter Schwarz-Orange nicht besser geworden. Stattdessen werden Stadt und Land teilweise sogar gegeneinander ausgespielt. Das muss ein Ende haben!

Unser Antragspaket setzt auf verschiedenen Ebenen an. So fordern wir beispielsweise FlächenmanagerInnen. Sie sollen Kommunen bei Konzepten für sinnvolle Bebauung und damit beim Flächensparen unterstützten. Außerdem sollen Kommunen künftig ein größeres Stück vom Steuerkuchen abbekommen und die Mittel für das Regionalmanagement aufgestockt werden.

So stärken wir einerseits die kommunale Selbstverwaltung und fördern andererseits Zukunftsinvestitionen in der Fläche. In unserem Antragspaket definieren wir außerdem, was grundsätzlich zur kommunalen Grundversorgung gehört. Daneben rücken wir ganz bewusst den ländlichen Raum Bayerns auch als Forschungsgegenstand wieder verstärkt in den Fokus. Regionalentwicklung und Landesplanung wurde in den letzten Jahrzehnten zu stark aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten beleuchtet. Die Frage, was eigentlich gerecht ist, wurde nicht gestellt. Genau das wollen wir ändern. Wir sind die Kommunalpartei und Anwalt der Kommunen!

Herzliche, vorweihnachtliche Grüße,

Volkmar Halbleib



Mit ausdrücklichem Dank für ihre Arbeit habe ich Michael Lindner-Jung (links), dem Leiter der Würzburger Bahnhofsmission, und Tobias Winkler (rechts), vom Projekt "Liebe im Karton" 1.000 Euro übergeben. 600 Euro helfen den lebensrettenden Rund-um-die-Uhr-Dienst zu sichern. 400 Euro helfen den Inhalt der Weihnachtspäckchen für die Kinder der Tafelkunden in der ganzen Region aufzustocken.

> **Bürgerbüro Volkmar Halbleib, MdL** Semmelstraße 46, 97070 Würzburg Tel: 0931 59384 | Fax: 0931 53030 buergerbuero-halbleib@t-online.de